

Stenographisches Protokoll

26. Sitzung der XV. Gesetzgebungsperiode des Burgenländischen Landtages

Montag, 29. Mai 1989

Protokollauszug

Polzer

10. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den Beschlußantrag (Bellage 247), mit dem die Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG, mit der die Vereinbarung über den höchstzulässigen Schwefelgehalt im Heizöl geändert wird, genehmigt wird (Zahl 15 – 213) (Bellage 265)

Nicka

Präsident: Der 10. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses über den Beschlußantrag, Beilage 247, mit dem die Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG, mit der die Vereinbarung über den höchstzulässigen Schwefelgehalt im Heizöl geändert wird, genehmigt wird, Zahl 15 – 213, Beilage 265.

Berichtersteller ist Herr Landtagsabgeordneter DDr. Schranz.

Ich bitte um Ihren Bericht, Herr Abgeordneter.

Berichtersteller **DDr. Schranz:** Herr Präsident, Hohes Haus! Es handelt sich beim gegenständlichen Beschlußantrag um eine Vereinbarung gemäß Artikel 15 a der Bundesverfassung, also um einen Staatsvertrag zwischen dem Bund und den Ländern über den höchstzulässigen Schwefelgehalt im Heizöl, der hiemit geändert werden soll.

Auf Bundesebene wurde nämlich neuerlich eine Senkung des Schwefelgehaltes bei Heizöl durchgeführt, und zwar bei Heizöl extra leicht auf 0,20 Prozent, bei leicht auf 0,30 Prozent, bei mittel auf 0,60 Prozent und bei schwer vorerst auf zwei Prozent und ab 1. Jänner 1992 auf nur mehr ein Prozent. Es ist dies eine weitere Reduzierung des Schwefelgehaltes. Das Burgenland hat sich bisher jeweils an diese Bundesregelungen gehalten.

Der Rechtsausschuß hat darüber beraten und hat in seiner Sitzung am 16. Mai 1989 mit großer Mehrheit die Annahme dieses Beschlußantrages vorgeschlagen. Es wird daher empfohlen, folgenden Beschluß zu fassen: „Der Abschluß der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern betreffend die Änderung über den höchstzulässigen Schwefelgehalt im Heizöl wird genehmigt.“

Präsident: Zu diesem Tagesordnungspunkt hat sich der Herr Abgeordnete Nicka zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Nicka (FPÖ):** Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn Sie sich einmal kurz die Erde verkleinert vorstellen, etwa auf einen Fußball, eine kleine Kugel. Und diesen Fußball tunken Sie einmal ganz kurz ins Wasser, nehmen ihn heraus und trocknen ihn weitgehend ab. Was dann noch übrig bleibt an Feuchtigkeit, entspricht etwa dem, was an Wasser auf unserer Erde sich befindet. Die Nähte dieses Fußballs entsprechen ziemlich genau der Tiefe der Ozeane. Und wenn Sie sich jetzt über das Ganze noch eine knapp zwei Millimeter hohe Gasschicht vorstellen, so haben Sie die Höhe der Atmosphäre. Und jetzt müssen Sie sich vorstellen, an der Grenze Leder – Atmosphäre und gerade noch ins Wasser noch hineinreichend, ist eine ganz dünne Membran, und das ist die Schicht, in der sich unser Leben abspielt, die sogenannte Biosphäre. Und alles, was wir dort machen, erzeugen, geht praktisch aus diesem System nicht heraus. Bitte, hören Sie zu, ich halte jetzt einen Unterricht, damit Sie das ganze System verstehen. (*Heiterkeit bei der SPÖ – Abg. Kaplan: Jawohl, Herr Professor. – Zwischenrufe von Abgeordneten der SPÖ und ÖVP – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Was ist jetzt an dieser Membrane beteiligt? Einmal der Untergrund, der Boden, die Atmosphäre, die Luft (*Abg. Resch: Und der Nicka.*) und das Wasser. Und aus diesen drei Bereichen und dem Energiebeziehen aus der einge-

strahlten Sonnenenergie entsteht das Leben. Und die Pflanzen schaffen über Assimilation aus dem CO², der Luft und der sogenannten Sonnenenergie Biomasse, also organische Substanzen.

Herr Kollege Moser, jetzt werden Sie wissen, wie das Ganze vor sich geht, draußen haben Sie schon gefragt, jetzt habe ich es Ihnen genau erklärt. (*Allgemeine Heiterkeit*) Sie veratmen natürlich auch einen Teil des Sauerstoffes, (*Abg. Tauber: Das ist aber unfair.*) das heißt, Sie produzieren auch CO² und das Ganze, Kohlenwasserstoff, Sauerstoff, befindet sich in einem ständigen Kreislauf. Pflanzen sind also Grundlagen, die Ernährung vieler Tiere, der sogenannten Primärkonsumenten, also der Tiere, die die Pflanzen fressen. Aber von diesen Tieren leben wieder weitere Tiere, sogenannte Sekundärkonsumenten. (*Heiterkeit*)

Über diese Kreisläufe geht ein Teil der gesamten energetischen Produktion unseres Globusses. Der größte Teil der Pflanzenmasse geht über Verwesung wieder in den Boden und es kommt zur Humusbildung. Wir befinden uns also in einem großen Kreislauf, die Tiere veratmen den Sauerstoff, oxidieren ihn und geben ihn als CO² in die Atmosphäre wieder ab. Und so lange die Menschen in diesem Bereich als integrierter Bestandteil mitgelebt haben, mitleben und wenn weder Pflanzen direkt nützen oder die pflanzliche Produktion über tierische Produktion mitpartizipiert, ist die Welt heil und in Ordnung, das heißt, das Ganze befindet sich in einem mehr oder weniger intaktem Kreislauf.

Und die ersten Probleme traten in dem Augenblick auf, wo der Mensch sesshaft wurde. Und bestimmte tierische Abfallprodukte an einen festen Ort gebunden hat und damit unter Umständen in dieser ersten Stufe die ersten Schritte zur Veränderung des Bodens gesetzt hat.

Er veränderte die Ökosysteme. Er rodete, die Wälder schwanden, es wurde Feldbau betrieben. Diese Felder wurden in diesem Fall über tierischen Dung wieder mit Mineralstoffen zusätzlich versehen. Es ging halbwegs. (*Abg. Dipl. Ing. Karall: Seite 66 des Mittelschullehrbuches.*) Es gab trotzdem die ersten Schwierigkeiten, waren aber durchaus noch sehr biologisch angesetzt. Zum Beispiel das Brachliegenlassen zur Erholung von Feldern.

Solange, meine sehr verehrten Damen und Herren, das so war, funktionierte das System hervorragend. Die ersten Schwierigkeiten größerer Natur traten, wie gesagt auf, als der Mensch als Nutzer von Pflanze und Tier ortsansässig beziehungsweise bodensässig wurde.

Wir begannen also bedenkenlos zu nützen, den Boden auszubeuten und in die Biosphäre alles, was uns nützt erschien, abzugeben, sei es als Abgase in die Luft oder in die Wässer, die wir dann als Abwässer bezeichnen, beziehungsweise ganz knapp über die Erdoberfläche als Müll deponieren. Und dadurch bekommen wir jetzt eine ganze Reihe von Problemen, ja von Belastungen.

Der Verbrauch fossiler Energie, der Verbrauch bestimmter Substanzen, die wir in die Atmosphäre entlassen, führt erstens einmal zu einer Staubbelaugung als Rußbelaugung. Und die Verbrennung fossiler Energie, die ja nicht nur aus Kohlenstoff besteht, sondern aus einer ganzen Reihe von anderen Substanzen, führt zur weiteren Bela-

Nicka

stung der Atmosphäre, nämlich durch Abgabe verschiedener anderer Substanzen. Wir sind also auf dem besten Weg, durch die Zerstörung unseres Lebensraumes, unserer Umwelt, uns selbst mitzuzerstören.

Ein Grund, werte Damen und Herren, warum Umweltzerstörung so ungehindert voranschreiten konnte und kann, ist, daß es dem, der sie zerstört, nichts kostet. Die verschmutzte Luft, der vergiftete Fluß, die Ausrottung von Bodenlebewesen oder die Lärmüberflutung eines Tales zählen nicht als Produktionsfaktoren, die man einkaufen muß und mit denen es daher sparsam umzugehen gilt.

In einer Gesellschaft, die von Geld reguliert wird, ist gratis zu sein fatal, und Umwelt ist für die Wirtschaft nach wie vor gratis. Einige Länder, zum Beispiel Japan, USA oder der BRD, haben Bewertungssysteme entwickelt, nach denen man für den Umweltverbrauch zahlen muß: Soundso viel je Tonne eines bestimmten Schadstoffes in die Luft, soundso viel je Tonne einer bestimmten Chemikalie im Abwasser. Und das motiviert die Betriebe, technische Veränderungen vorzunehmen, die diese Kosten verringern.

In Österreich werden solche Abgabensysteme offiziell nicht einmal diskutiert. (*Unterhaltung in den Bänken – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Wie gut die Luft ist, die wir atmen, weiß in Österreich niemand. Für die Luft ist niemand zuständig. (*Abg. Loos: Für den Müll ist auch niemand zuständig.*) Sicher ist nur, daß sich der Ausstoß an Luftschadstoffen durch Industrie und Verkehr in den letzten drei Jahrzehnten verdoppelt bis verdreifacht hat.

Hohes Haus, daher erfordert der Schutz der Umwelt eine besondere Verantwortung der Politik. Umwelt ist kein Produkt, das am Markt einen Preis erzielt, und sie ist nicht beliebig erneuerbar.

Besonders tragisch und verantwortungslos ist daher der Stillstand in der Umweltpolitik der großen Koalition. Mit der von ihr betriebenen Scheinökologie werden die Zukunftschancen der Umwelt, und damit der Menschen, in diesem Land in leichtfertiger und verantwortungsloser Weise verspielt. Und wichtige Gesetzesvorhaben sind entweder in den Schubladen verschwunden, oder sie wurden so verwässert und verzögert, daß sie wirkungslos sind. (*Abg. DDr. Schranz: Hauptsächlich von Ferrari-Brunnenfeld.*)

Dagegen hat die FPÖ im Umweltbereich wesentliche und zukunftsorientierte Initiativen und Gesetzesvorschläge erarbeitet. Und auch die programmatische Entwicklung der FPÖ zeigt, daß die Vordenker der FPÖ im Umweltschutz in Österreich schon zu einer Zeit Umweltprobleme aufgezeigt und konkrete Lösungsvorschläge erarbeitet haben, als die beiden alten Parteien noch gemeinsam jene Versäumnisse begingen, (*Abg. Loos: Lösungsvorschläge für eine Mülldeponie.*) die uns heute vor beinahe unlösbare Probleme im Umweltbereich stellen. (*Abg. DDr. Schranz: Beispiele. – Abg. Loos: Lösungsvorschläge für eine Mülldeponie.*) – Ich werde die Beispiele gleich aufzählen, Herr Kollege. Sie kommen schon noch, wir kommen schon noch dazu. Während der Regierungsbeteiligung der Freiheitlichen war es nötig, einige und sehr wesentliche Verbesserungen im Umweltbereich durchzusetzen. (*Abg. Kaplan: Zum Beispiel? – Abg. Korbatits: Welche?*) Derzeit herrscht aber, was Fortschritt in der Umweltpolitik anlangt, in Österreich nahezu Stillstand.

Die Zuständigkeit in Umweltschutzfragen wird mit kräftiger Unterstützung seitens der Medien heute fast ausschließlich den Grün-Alternativen zugeschrieben. Und völlig übergangen wird dabei die Tatsache, daß die Entscheidung zugunsten der Erhaltung eines gesunden Lebensraumes für kommende Generationen in der FPÖ bereits vor 20 Jahren gefallen ist, (*Abg. Posch: So alt ist sie schon.*) als die Großparteien noch keine Hemmungen hatten, mit unserer Natur, mit unserer Umwelt völlig sorglos umzugehen und von einer politischen Grünbewegung noch lange nicht die Rede war.

Was für die Sozialisten der Vorrang der industriellen Entwicklung und Arbeitsplatzsicherung war, das war für die ÖVP der Vorrang der wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Daher können wir Freiheitlichen stolz sein, Wegbereiter des Umweltschutzes gewesen zu sein. Im Bad Ischler Parteiprogramm von 1968 schon stellte die FPÖ als erste Parlamentspartei den blinden und maßlosen Fortschrittsgedanken der ÖVP und SPÖ die Forderung nach Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen entgegen. (*Abg. Resch: Das ist ganz etwas Neues.*) Und wie vorausdenkend, Herr Kollege Resch, und weitblickend die Überlegungen zum Umweltschutz grundsätzlich waren, zeigt das Nein der FPÖ zur Kernenergiefrage schon zu Beginn der 70er Jahre. Also bereits 15 Jahre vor der Katastrophe von Tschernobyl. (*Abg. Müllner: Rückständig.*)

Das moderne Parteiprogramm, Herr Kollege Loos, jetzt hören Sie bitte zu, aus dem Jahre 1985 sieht die ökologische Aufgabe freiheitlich denkender Menschen darin, die Freierhaltung der Natur vor der totalen Unterwerfung für technisch-wirtschaftliche Zwecke des Menschen zu schützen. Und in diesem Sinne setzt sich die FPÖ für eine Neuorientierung und Ausrichtung der Umweltpolitik am Prinzip der ökologischen Vorsorge ein, (*Abg. Mag. Gradwohl: Dann werdet Ihr ja dieser Vorlage zustimmen.*) denn viele Umweltschäden können durch nachträgliche Maßnahmen nicht mehr korrigiert werden und sollten deshalb vorsorglich überhaupt verhindert werden. (*Abg. Loos: Vorschläge für das Burgenland.*) Sie werden es schon merken, ob wir zustimmen. Für uns ist das, was im Parlament gemacht wurde, viel zu wenig noch für die Natur, für die Umwelt.

Besondere Bedeutung kommt dem von Bundesparteiobmann Dr. Jörg Haider eingesetzten Arbeitskreis „Umweltpolitik“ unter der Leitung des Obmannes des parlamentarischen Umweltausschusses Dr. Siegfried Dillersberger zu, in dem aktuelle Umweltprobleme erörtert und Lösungsmöglichkeiten und Stellungnahmen zu den Vorhaben der Koalitionsregierung erarbeitet werden. (*Abg. Mag. Gradwohl: Papier ist geduldig.*) Die Koalitionäre, Herr Kollege Gradwohl, nehmen den Grundsatz, den sie sich in ihrem Regierungsübereinkommen gegeben haben, daß das wirtschaftlich Tragbare und Machbare in der Umweltpolitik vor dem Wohl des Menschen zu berücksichtigen ist, im wahrsten Sinne des Wortes ernst. (*Abg. Mag. Gradwohl: Handeln, nicht reden, handeln.*) Leider! Problemlösungen werden einfach verschleppt. Mißerfolge und Untätigkeit lösen einander ab. Rückschritt statt Fortschritt (*Weiterer Zwischenruf des Abg. Mag. Gradwohl*) heißt die Devise der Altparteien in Umweltfragen, und nicht nur in Umweltfragen. (*Beifall bei der FPÖ*) So zum Beispiel wurde das wirksam arbeitende Ministerium für Gesundheit und Umweltschutz mit dem Hinweis auf Sparmaßnahmen

Nicka

aus Proporzgründen zerschlagen und der Umweltbereich dem Familienministerium angegliedert. *(Abg. Mag. Gradwohl: Da wird ein eigenes Umweltministerium gegründet.)* Der Umweltfonds wurde zerschlagen und dazu verwendet, ein Loch im Staatssäckel zu stopfen. Und damit er nicht ganz sang- und klanglos verschwindet, hat man ihm ein Begräbnis erster Klasse bereitet und hat ihn mit dem Wasserwirtschaftsfonds zusammengetan und mit dem schönen Namen Ökofonds dann behängt.

Das sogenannte Luftreinhaltegesetz für Kesselanlagen, das eigentlich Schornsteine-Erhaltungsgesetz heißen sollte, weist schwere unübersehbare Mängel auf und veranlaßte die FPÖ, am 22. Juni 1988 einen Mißtrauensantrag gegen die gesamte Bundesregierung zu stellen. *(Abg. Frasz: Das ist nichts Neues.)* Es privilegiert auf Kosten der Gesundheit der Bevölkerung die Hauptverursacher der Luftverschmutzung und des Waldsterbens und dient mehr der Schadstoffhaltung als der Luftverbesserung. *(Abg. Mag. Gradwohl: So einen Blödsinn habe ich schon lange nicht gehört. – Abg. Tauber: Mit was heizen Sie, Herr Kollege?)* Für Sie, weil für Sie die Umwelt wirklich nicht viel wert ist.

Am 1. Jänner 1989 tritt das bereits von der sozial-liberalen Koalition vorbereitete Chemikaliengesetz in Kraft. Gegen den freiheitlichen Protest wurden im Bereich der Chemiebomben die Pflanzenschutzmittel herausgenommen.

Das Smogalarmgesetz, ebenfalls von der FPÖ initiiert, wegen seiner geänderten und gesundheitsgefährdenden Fassung aber nur von SPÖ und ÖVP beschlossen, wird erst in den 90er Jahren wirksam werden.

Und eine Story, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist es wert, erzählt zu werden, weil sie sehr bezeichnend dafür ist, wie ernst die Altparteien den Umweltschutz nehmen: Es gab den Entschließungsantrag im Parlament, im Bundesbeschäftigungsbereich auf die Verwendung tropischer Edelhölzer bei Büroausstattungen zu verzichten. *(Abg. Thomas: Das ist schon längst beschlossen.)* Das trifft einige Sektionschefzimmer, viel mehr nicht. Und auf dem Antrag waren außer 18 FPÖ-Unterschriften schließlich auch Unterschriften der Grünen und auch die Unterschrift eines ÖVP-Abgeordneten. *(Abg. Dr. Rauter: Das gibt es ja nicht.)* Ich kann den Namen sagen, es war der Abgeordnete Bruckmann. *(Abg. Loos: Professor Bruckmann!)* Weiters gab es einige SPÖ-Unterschriften. An und für sich also ein ganz schöner Vier-Parteien-Antrag, eingebracht vom FPÖ-Abgeordneten Murer. *(Abg. Loos: Der erfolgreiche Staatssekretär.)* Nur, bevor es dann zur Abstimmung kam, mußte Bruckmann seine Unterschrift zurückziehen, und mußten auch die SPÖ-Abgeordneten ihre Unterschriften zurückziehen. Damit war es klar, wie es ausgehen wird. Der Antrag wurde abgelehnt, und zwar mit der Begründung seitens der ÖVP – die SPÖ hat überhaupt keine Begründung abgegeben –, daß damit die heimische Möbelindustrie geschädigt wird. Lächerlich, eine ungläubwürdige Politik der Altparteien.

Sehr geehrte Damen und Herren, um es kurz zu sagen, im Vergleich zur XVI. Gesetzgebungsperiode ist zwar in der XVII. Gesetzgebungsperiode relativ viel passiert, aber nicht gerade in positiver Richtung. Das heißt, es wurden sogar einige Sachen, die vorhanden waren, die durchaus funktioniert hatten, gestrichen oder in bezug auf die Umwelt faule Kompromisse geschlossen.

So wurde auch zum Beispiel bei Heizöl extra leicht der Schwefelgehalt um lächerliche 0,1 Prozent gegenüber 1983, bei Heizöl leicht um 0,2 Prozent gegenüber 1985 gesenkt, während bei Heizöl mittel der Schwefelgehalt gegenüber 1986 gleichgeblieben ist. Bei Heizöl schwer tritt eine Verschärfung ab 31. Dezember 1991 um 2 Prozent gegenüber 1985 ein, und ab 1. Jänner 1992 eine Verschärfung um 1 Prozent.

Im zuständigen Ausschuß, meine sehr geehrten Damen und Herren, wurde diesem Antrag mehrheitlich, ohne die Stimmen der FPÖ, zugestimmt. Ich bedaure diese Zustimmung, weil es einen Bereich trifft, in dem gerade unser Burgenland seit Jahren gegenüber anderen Bundesländern zurückgeblieben ist in der Schärfe der Auflagen. *(Abg. Tauber: Na geh, bitte.)* Zum Beispiel gibt es eine Mehrheit von Bundesländern, die seit Jahren bei Heizöl schwer eine Beschränkung auf ein Prozent haben. Das hat ursprünglich sehr naheliegende Gründe gehabt, weil nämlich aus den westlichen Anrainerstaaten, insbesondere der BRD, Heizöl schwer praktisch nur mehr mit einem Prozent geliefert worden ist. *(Abg. Resch: Wie viele heizen im Burgenland mit Heizöl schwer?)* Genug heizen noch damit. Bitte, in Tatzmannsdorf kann ich Ihnen drei Betriebe sagen. *(Abg. Resch: Ich kenne keinen einzigen, sagen Sie mir einen.)* Kommen Sie runter, ich lade Sie ein.

Seit langem existiert auch im Bereich der österreichischen Raffinerien, nämlich der Schwedacher Raffinerie, eine entsprechend ausreichende Versorgungsmöglichkeit für Heizöl schwer mit einem Prozent Restschwefel. Dennoch haben wir auch im vorliegenden Entwurf, in dem zur Debatte stehenden Artikel 15 a-Vertrag, eine sehr weitgehende Übergangsfrist, die den Ein-Prozent-Schwefelanteil vorschreibt. Das ist eine Begünstigung, meine sehr verehrten Damen und Herren, für die Industrieunternehmen, das ist aber eine Schädigung der Umwelt. *(Abg. Tauber: Mit was heizen Sie, Herr Kollege? Sagen Sie mir das einmal.)* Und dazu möchte ich eines sagen: Es gibt ja gerade auch im Bereich Heizöl leicht in jüngerer Zeit die zusätzliche Möglichkeit, einen Grenzwert von 0,2 Prozent festzusetzen. *(Abg. Posch: Dann werden wir sehen was der Landeshauptmann Haider tut.)*

Auch hier ist es so, daß es in den Bundesländern nicht einheitlich ist. Es bemühen sich verschiedene Bundesländer derzeit, verschärfte Bestimmungen aufzulegen. Während andere Bundesländer, zum Beispiel Oberösterreich oder Vorarlberg, seit Jahren nur ölnormgemäße Öle erlauben, die nachgewiesener Maßen geprüft sind, haben wir im Burgenland bisher keine Verbindlichkeitserklärung seitens des Landes, nach welchen Kriterien das Öl geprüft werden soll. *(Abg. Kogler: Der kennt sich nicht aus.)* Das heißt, die Vorschrift, daß nur ölnormgeeignetes Öl eingesetzt werden darf, ist für uns nicht enthalten. Und keiner von uns kann, wenn er seinen Heizöltank füllen läßt, überprüfen, wie hoch der Schwefelgehalt ist oder ob das Öl der Ölnorm entspricht. *(Abg. Tauber: Das stimmt ja nicht.)* Und es ist auch viel zu viel vom einzelnen verlangt, daß er womöglich auf eigene Kosten eine Überprüfung vornehmen läßt. Er geht davon aus, daß das dem Versorger vorgeschrieben sein muß, etwa so, wie es zum Beispiel aufgrund einer landesgesetzlichen Regelung im Bundesland Salzburg bereits schon Praxis ist. *(Abg. Tauber: Burgenland ist das umweltfreundlichste Land.)*

Wir beschließen hier unter dem Titel, meine Damen und Herren, einer verschärften Schonung der Umwelt ei-

Nicka

nen Artikel 15 a-Vertrag, aber gleichzeitig nützen wir nicht alle Möglichkeiten, zu denen sich andere Länder bereits schon durchgerungen haben, es schon getan haben. (Abg. Tauber: *Da kannst Du nur ausziehen. – Abg. Posch: Ab wann bitte in Salzburg?*)

Hohes Haus, das bedeutet eine Gnadenfrist, wie ich schon gesagt habe, für Ölmultis und für die Industrie. So wird man dieses Problem nicht in den Griff bekommen. Es ist lediglich ein Kompromiß der Umweltministerin, die damit wieder einmal ihr Verhandlungsunvermögen und ihre mangelnde Durchsetzungskraft unter Beweis gestellt hat. (Beifall des Abg. Munzenrieder)

Für die Abgase der privaten Haushalte sind die Bundesländer zuständig, wie wir wissen, und eine Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern bestimmt den höchstzulässigen Schwefelgehalt im Heizöl. Die Bestimmungen im Burgenland, Kärnten und Niederösterreich entsprechen der Bundesregelung, das wissen wir, die Bundesländer Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol und Wien haben jedoch niedrigere Werte festgelegt. Und jetzt sagen Sie mir, ob das nicht auch bei uns ginge. Der Grenzwert von 0,15 Prozent Schwefel bei Heizöl extra leicht in Oberösterreich ist zugegebenermaßen lediglich ein theoretischer Wert, das muß man wohl ehrlicherweise zugeben. Weil Heizöl extra leicht mit einem so niedrigen Schwefelgehalt – von der ÖVP, hätte ich beinahe gesagt –, von der ÖMV nicht erzeugt wird und daher nicht lieferbar ist. Das heißt aber nicht, daß die ÖVP nur Schwefel erzeugt. (Allgemeine Heiterkeit)

Einen positiven Sonderfall stellt Vorarlberg dar, wo Heizöl mittel und Heizöl schwer bereits seit 1984 für den Hausbrand nicht zugelassen sind.

Können wir uns an diesen Bundesländern nicht ein Beispiel nehmen? Und wenn man einen Bundesländervergleich anstellt, so ist unser Burgenland in punkto Umweltfragen ein Entwicklungsland. Das wollen Sie nicht wahrhaben. Der Zustand der burgenländischen Umwelt ist nicht gut.

Zwar gibt es wenig Industrie, die die Umwelt belasten könnte, dafür aber eine höchst intensive Landwirtschaft. Und der heikelste Punkt ist das Wasser. Das Burgenland, diesbezüglich auch von der Natur nicht begünstigt, hat verseuchtes Grund- und Trinkwasser, überdüngte Flüsse und Seen. Beim Zustand der Luft, das muß man auch positiv bemerken, liegt das Burgenland zwar im besten Drittel der Bundesländer, aber dennoch sterben überdurchschnittlich viele Menschen an Krebskrankungen der Atemwege. Und jetzt, liebe Kollegen aus dem Güssinger Bezirk: Der Güssinger Bezirk liegt mit 58,3 Toten pro 100.000 Einwohnern an fünfter Stelle aller österreichischen Bezirke. Genau wie bei chronischen Atemwegserkrankungen, wie Bronchitis und Asthma, wo der Bezirk Güssing auf 52,6 Tote kommt. Der Bezirk Jennersdorf kommt auf 45,8 Tote und nimmt somit den neunten Platz der negativen Hitliste der österreichischen Bezirke ein. (Abg. Müllner: *Die Güssinger sind ja alle gesund. – Abg. Gradits: Die Güssinger sind gesunde Leute.*) Das bildet Ihr Euch ein. (Abg. Mag. Fuith: *Das sind falsche Zahlen, das ist bereits berichtet worden.*) Das werden gerade Sie berichtet haben, gerade Sie, weil Sie sich dort auskennen.

Was Anstrengungen zur Messung und Regelung der Luftgüte anlangt, fällt unser Burgenland weit hinter alle an-

deren Bundesländer zurück. Es gibt von seiten des Landes rein gar nichts. Auch Maßnahmen zur Luftreinhaltung werden so gut wie keine getroffen. Die Luft ist einfach so wie sie ist. Also, schlechte Zustände, kaum umweltpolitische Maßnahmen, und schon gar keine öffentlichen Berichte. Die Umwelt ist im Burgenland für die Regierungsparteien, das merkt man ja auch an Ihren Zwischenrufen, offenbar kein Thema. (Abg. Prior: *Herr Kollege, ziehen Sie aus, gehen Sie heim ins Reich und die Geschichte hat sich. – Weitere Zwischenrufe – Abg. Prior: So dumm, das ist ein Wahnsinn. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Danke, Herr Präsident!

Vernunft gegenüber der Natur setzt gemeinschaftsbezogenes Handeln in allen Lebensbereichen voraus. Ein Leben ohne Bindungen, frei von Verantwortung des einzelnen für die Gemeinschaft, für Heimat und Familie, führt zwangsläufig in den Abgrund. Lassen Sie sich das einmal gesagt sein.

Wir alle, die wir in diesem Land leben, dürfen nicht taub, blind und gefühllos gegenüber der fortschreitenden Zerstörung unserer Umwelt werden, sondern müssen bewußt machen, daß unsere Verantwortung darin liegt, in die Augen jener blicken zu können, die die Konsequenzen sowohl unseres Handelns als auch unserer Versäumnisse zu tragen haben werden.

Da wir Freiheitlichen diese Verantwortung ernst nehmen, können wir den Änderungen der Vereinbarung über den höchstzulässigen Schwefelgehalt im Heizöl nicht zustimmen.

Und weil für uns Freiheitliche die Umwelt, unser Lebensraum, wirklich etwas wert ist, möchte ich folgenden Entschließungsantrag der Abgeordneten Eduard Nicka und Kollegen einbringen: Die Schadstoffemission durch Hausbrand, insbesondere hervorgerufen durch den Schwefelgehalt im Heizöl, ist eine der wesentlichen Ursachen der Luftverschmutzung.

Die derzeitigen Regelungen auf Bundes- und Landesebene scheinen, was den höchstzulässigen Schwefelgehalt bei Heizöl betrifft, den gestiegenen Anforderungen an Lebensqualität und Luftreinhaltung nicht mehr zu entsprechen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgenden Entschließungsantrag: „Der Landtag wolle beschließen:

Die Burgenländische Landesregierung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit in Ergänzung zur Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG über den höchstzulässigen Schwefelgehalt im Heizöl die Schaffung von Gesetzen und Verordnungen auf Bundes- und Landesebene mit folgenden Zielsetzungen sinnvoll möglich ist:

1. Weitere Senkung des Schwefelgehaltes im Heizöl, insbesondere bei Heizöl leicht, auf 0,20 Prozent, sowie bei Heizöl schwer auf 1 Prozent.
2. Verbindliche Vorschreibung, daß nur Öle verwendet werden, die den Ölnormen C 1108 beziehungsweise C 1109, Ausgabe vom 1. Oktober 1987 beziehungsweise 1. Jänner 1983, entsprechen.
3. Verpflichtung des Handels, die Einhaltung der Schwefelwerte überwachen zu lassen und den Käufern zu bestätigen.

Die Landesregierung wird weiters aufgefordert, allenfalls bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, beziehungsweise auf Landesebene das Erforderliche zu veranlassen.“

Landesrat Dr. Christa Krammer

Es wird ersucht, den selbständigen Antrag dem Rechts- und Wirtschaftsausschuß zuzuweisen. *(Beifall bei der FPÖ – Abgeordneter Nicka übergibt Herrn Landtagspräsidenten den angekündigten Entschließungsantrag.)*

Präsident: Frau Landesrat Dr. Christa Krammer hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

Landesrat Dr. Christa Krammer: Herr Kollege Nicka, ich bin eine Burgenländerin mit Leib und Seele und mir dreht sich der Magen um, wenn es einer wagt, sich hier hinzustellen und sein eigenes Land so in den Dreck zu zerren.

Sie haben wortwörtlich gesagt: „Im Burgenland ist das Trinkwasser nicht zu genießen.“ *(Abg. Nicka: Eh nicht, gehen Sie nach Deutsch Jahrndorf.)* Das ist nicht wahr, nein, ich verwehre mich dagegen. *(Weiterer Zwischenruf des Abg. Nicka – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Das ist eine Lüge. Das ganze Burgenland wird untersucht, das gibt es nicht. Ich lasse es nicht zu, daß ein Burgenländer, ein angeblicher Burgenländer, so über seine Heimat redet. Das muß ich Ihnen sagen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Und jetzt ganz präzise: Es wird im ganzen Burgenland untersucht, besonders im Süden, diese kleinen Wassergenossenschaften, und die sind in Ordnung. Das einzige Trinkwasser im Burgenland, das einen überhöhten Nitratgehalt aufweist, ist das Trinkwasser in Potzneusiedl. Das hat einen erhöhten Nitratgehalt, und darüber werden wir reden und das werden wir abstellen. *(Abg. Nicka: Das ist falsch. Das trauen Sie sich zu sagen. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Und das zweite, Herr Kollege Nicka, was Sie zu sagen wagen über Ihr Heimatland, über das Burgenland, von dem Sie bezahlt werden, wo Sie . . . *(Abg. Nicka: Sie sind verantwortlich dafür. Machen Sie endlich etwas. Groß reden, mehr können Sie nicht.)* Ich tue etwas, aber ich tue nur dort etwas, wo es notwendig ist und nicht wo Sie mir das anschaffen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Sie werden, Herr Kollege Nicka, ein Luftreinhaltegesetz von mir kriegen, das . . . *(Abg. Nicka: So gefällt mir Ihre Stimme besser.)* Wenn Sie aufhören zu schreien, kann ich mir den Luxus auch erlauben. – Sie werden ein Luftreinhaltegesetz kriegen, das mit Fachleuten erarbeitet worden ist, das vollkommen in Ordnung ist und sicher die Zustimmung aller im Landtag vertretenen Parteien finden wird. *(Abg. Nicka: Ich frage: wann?)* Nur ersuche ich Sie, Herr Kollege, wenn Sie sich in Zukunft über die Qualität der Luft, oder über die Qualität des Trinkwassers im Hohen Haus äußern, dann bleiben Sie bitte bei der Wahrheit. *(Abg. Nicka: Das ist die Wahrheit gewesen. – Abg. Grandits: Nie im Leben ist das die Wahrheit, das ist Polemik.)* Nein, das war Polemik in Reinkultur. Ich lasse das nicht auf meinen Beamten sitzen. Sie sind unterwegs, sie prüfen. Das Trinkwasser ist ein Lebensmittel, Herr Kollege Nicka, und wenn das so wäre, wie Sie sagen, dann wäre im Burgenland jeder Trinkwasserbrunnen beim Lebensmittelrichter angezeigt. Dem ist nicht so.

Ich wiederhole, damit kein Mißverständnis aufkommt: Das einzige Trinkwasser im Burgenland, das einen über-

höhten Nitratgehalt aufweist, ist das Trinkwasser in Potzneusiedl. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Rauter. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Rauter (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bin es von den Abgeordneten der SPÖ gewohnt, darauf werde ich gleich zu sprechen kommen, daß sie Abgeordnete einer anderen Couleur nicht zu Wort kommen lassen wollen. *(Abg. Grandits: Sie waren ja nicht da.)* Was sich heute hier abgespielt hat, das ist beschämend gewesen. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis.

Es ist eine Schande, was sich hier abgespielt hat. Es kommen 36 nicht allzuschlecht bezahlte Abgeordnete hier zusammen, lesen die Zeitung, zumindest entsteht dieser Eindruck in der Öffentlichkeit, . . . *(Abg. Grandits: Sie waren einen halben Tag gar nicht da. – Weitere Zwischenrufe von Abgeordneten der SPÖ – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Der Kollege Nicka hat einen Vortrag gehalten, den ich für außerordentlich qualifiziert halte. Man kann unterschiedlicher Meinung sein, ob die Angriffe, die auf die burgenländische Wasserqualität gerichtet waren, zur Gänze gerechtfertigt waren, es bestehen aber sicherlich hochgradige Mißstände, darüber gibt es überhaupt keine Diskussion. Daß aber bei seiner Wortmeldung die Hälfte der Leute hinausgeht, untereinander getratscht wird, gelacht wird – Kollegin Spieß, wir sind Ihren Ausführungen aufmerksam gefolgt, *(Abg. Gertrude Spieß: Ich auch. – Abg. Tauber: Sie hat auch etwas Gescheites gesagt.)* es ist auch interessant der gemeinsame Unterricht für Behinderte und Nichtbehinderte – , aber daß der Vortrag einfach nicht zur Kenntnis genommen wird, damit, meine Damen und Herren, machen Sie sich wirklich, was wir schön langsam werden, zu Wursteln der Landesregierung. Ich bitte Sie, und das ist ein Appell von mir, machen wir uns nicht schlechter als wir in Wirklichkeit sind.

Und ich bitte noch um eines: Der Umweltbereich spielt eine immer größere Rolle, und wenn dann als einziger der Kollege Nicka dazu einen Vortrag hält, interessiert es keinen Menschen. *(Rufe bei der SPÖ und ÖVP: Nein!)* Um Gottes willen, ich befürchte, daß bei den nächsten Wahlen die linksalternativen Grünen nicht zwei Prozent haben werden, sondern daß sie zehn oder 15 Prozent haben werden, wenn wir uns so über die Umweltpolitik hinwegsetzen.

Herr Präsident, ich darf auch an Sie die Bitte richten, in Zukunft ein derartiges Kasperltheater, wie es heute gewesen ist, zu unterbinden. Ansonsten brauchen Sie sich nicht wundern, . . . *(Abg. Grandits: Sie waren ja nicht da. – Abg. Tauber: Fünf Stunden waren Sie spazieren. – Weitere Zwischenrufe von Abgeordneten der SPÖ – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Herr Kollege Grandits, melden Sie sich zu Wort und geben Sie etwas Vernünftiges von sich, dann werden wir Ihnen sicherlich zuhören. Von der Bank herausschreien ist leicht, das können die Kinder in der Volksschule auch, dort werden sie aber vom Lehrer zurechtgewiesen. *(Zwischenruf des Abg. Kogler)* Sagen Sie etwas Vernünftiges, dann werden wir Ihnen zuhören und werden sagen, ob es etwas Gescheites

Frasz

gewesen ist oder ob es nichts Gescheites gewesen ist. (Abg. Resch: Eine Beurteilung können Sie sich nicht erlauben. – Abg. Grandits: Das können Sie in der Volksschule machen. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) Ich kann nur eines sagen: Wundern Sie sich nicht bei dieser Vorgangsweise, nämlich wenn wir etwas Sachliches vorbringen, daß kein Mensch zuhört, wenn wir polemisieren und in der Öffentlichkeit polemisieren. Mir und uns Freiheitlichen wäre lieber, wir könnten hier sachlich arbeiten. Und darum darf ich namens der freiheitlichen Fraktion bitten. (Abg. Resch: Er will klassifizieren. – Abg. Tauber: Klassifizieren will er.)

Präsident: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Frasz. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Frasz (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist wirklich unerhört, was der Kollege Rauter hier bietet. Er maßregelt uns, daß wir seinem Redner angeblich nicht zugehört hätten. Kollege Rauter, ich verfolge aufmerksam, welche Kollegen im Saal anwesend sind. Sie haben heute den wenigsten Grund sich aufzuregen, daß irgend jemand Ihrem Redner nicht zugehört hätte, weil Sie mehr als die Hälfte der Sitzung gefehlt haben. (Abg. Dr. Rauter: Ich habe mich entschuldigt beim Präsidenten.) Wo Sie sich entschuldigt haben ist mir völlig gleichgültig, vielleicht haben sich die anderen Herren auch entschuldigt, das wissen Sie ja nicht. Aber ich würde mich hüten davor, vom Rednerpult aus die Kolleginnen und Kollegen so maßregelnd zu behandeln. Es ist unsere Sache, wie wir dem Kollegen Nicka zuhören oder nicht zuhören, und es kommt darauf an, wie der Kollege Nicka vom Rednerpult spricht, wie belehrend oder nichtbelehrend. Wir sind im Burgenländischen Landtag und nicht in der Hauptschule Bad Tatzmannsdorf oder wo immer der Herr Kollege Nicka spricht. (Beifall bei der SPÖ)

Sie sprechen auch ununterbrochen von Mißständen, von hochgradigen Mißständen. Ich kann mir nur eines dabei vorstellen, daß das eine Freud'sche Fehlleistung von Ihnen war. Suchen Sie die Mißstände, von denen Sie sprechen, bei Ihnen und nicht bei uns. Unsere Klubs, meiner zumindest, ist auf jeden Fall hundertprozentig okay. Das möchte ich vorerst einmal sagen.

Das zweite: „Es wurde getratscht, gelacht, der Vortrag nicht zur Kenntnis genommen.“ Kollege Nicka oder Kollege Rauter, nehmen Sie alles, was unsere Kollegen vom Rednerpult sprechen, zur Kenntnis, wenn Sie zwei Stunden vom Landtag weg sind? Nein, auf keinen Fall. Und es ist mir gleichgültig, ob Sie sich entschuldigt haben oder nicht entschuldigt haben. Das nur als eine kurze Bemerkung dazu.

Sie können auch eines von uns nicht erwarten, daß Sie sich wie der Chef vom Dienst benehmen können, und den Landtag als Kasperltheater bezeichnen. Das ist unerhört. Es ist unerhört, was Sie sich da denken.

Und was mir persönlich nicht gefällt, der Kollege Jella-sitz hat es einigemal schon gesagt: Sie maßen sich hier Richterkompetenzen an, die Sie vielleicht nicht einmal im Landesgericht spielen können. Das muß auch einmal klar

und deutlich gesagt werden, denn hier sind Sie einer von vielen Abgeordneten, einer von 36. Nehmen Sie das zur Kenntnis. (Beifall bei der SPÖ – Abg. Dr. Rauter: Aber meine Meinung darf ich schon noch sagen.) Natürlich, Ihre Meinung hat Ihnen noch nie jemand verboten wollen, das hat es vielleicht irgendwann einmal gegeben, aber bei uns im Landtag nicht. Sie jammern in allen Flugblättern ununterbrochen, was sich hier abspielt, was Sie dürfen und was Sie nicht dürfen. Von uns aus haben Sie im Landtag jederzeit Redefreiheit gehabt. Sie brauchen also nicht so zu reden. Damit habe ich Ihnen meine Meinung gesagt.

Aber nun kurz zur Sache, das wollte ich nämlich nur nebenbei sagen, aber nicht um der Frau Landesrat Krammer zu helfen, sondern nur um eine Sache richtigzustellen: Bei uns im Burgenland gibt es ganz genaue Wasseruntersuchungen, und es ist, wie es die Kollegin Krammer gesagt hat, der Nitratgehalt in Potzneusiedl überhöht, aber alle übrigen Trinkwasserbrunnen sind in Ordnung. Und wenn der Kollege Nicka glaubt, sich durch eine Hysterisierung im Landtag vom Rednerpult zu profilieren, dann hat er sich gewaltig getäuscht. Das ist das Ärgste, was mir bisher passiert ist. Nicht so sehr, daß er das Land beschmutzt, aber zu versuchen, sich durch eine falsche Hysterisierung zu profilieren, drei oder vier Stimmen irgendwo zu ergattern, das halte ich für mies, für armselig und für schäbig. Das ist eines Landtagsabgeordneten wirklich nicht würdig. (Beifall bei der SPÖ – Zwischenruf des Abg. Nicka)

Wenn Sie nicht Bescheid wissen, Kollege Nicka, dann sprechen Sie derart schwerwiegende Dinge nicht aus. Erkundigen Sie sich vorher bei der zuständigen Referentin, aber nicht irgendwo beim Salzamt oder bei irgendeinem Quellensucher, wie das Wasser ist oder wie das Wasser nicht ist. (Abg. Nicka: Das sind fundierte Aussagen.) Das würde Ihnen besser stehen. Statt hier Richter zu spielen, wäre es viel schöner, wenn Sie sich orientieren würden, informieren würden und dann hier vom Rednerpult aus die Wahrheit sagen.

Der Kollege Rauter spricht ununterbrochen so locker von Verlogenheit, und, und, und. Das, was Sie heute hier vorgeführt haben, das war übelstes Kasperltheater, welches die Wahrheit nicht wiedergegeben hat. Das möchte ich Ihnen hier zur Kenntnis bringen. (Beifall bei der SPÖ – Zwischenruf des Abg. Nicka)

Präsident: Ich möchte die beiden letzten Aussagen zum Anlaß nehmen, um einen Appell an die Damen und Herren Abgeordneten zu richten. Es ist sicherlich von beiden etwas gesagt worden, von dem man sagen könnte, daß es aus Emotionen heraus geschah. Ich würde aber bitten – wir haben uns ja schon wiederholt darin bestätigt und bleiben wir dem treu –, versuchen wir in Zukunft ruhiger das zu sagen, was im Hohen Haus bei einer Gesetzesvorlage zu sagen ist. In diesem Sinne möchte ich bei diesem Tagesordnungspunkt, der der letzte ist, diesen Appell verstanden wissen. Es tut nicht gut, wenn man sich immer wieder so beschuldigt, obwohl die Emotionen öfter hochgehen können. Ich ersuche daher in Zukunft um entsprechende Disziplin. Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt keine Wortmeldung mehr vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort. (Abg. DDr. Schranz: Ich verzichte!)

Präsident

Der Berichtstatter verzichtet auf das Schlußwort, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Mitglieder des Landtages, die der Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG ihre Zustimmung erteilen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Abschluß der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern betreffend die Änderung der Vereinbarung über den höchstzulässigen Schwefelgehalt im Heizöl wird damit mehrheitlich angenommen.